Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 37 (1945)

Heft: 7-8

Artikel: Bericht über die Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Weltgewerkschaftskonferenz in London

Autor: Leuenberger, Hermann / Bernasconi, Giacomo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353210

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit", Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale

No. 7/8 Juli/August 1945 37. Jahrgang

I. Bericht über die Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes und die Weltgewerkschaftskonferenz in London.

Von Nationalrat Hermann Leuenberger
und Giacomo Bernasconi.

Der vom Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes in seiner Sitzung vom 11. Mai 1945 angenommene Bericht von Nationalrat Hermann Leuenberger und Giacomo Bernasconi über die in London abgehaltene Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 1. und 2. Februar 1945 sowie die vom 6. bis 17. Februar stattgehabte Weltgewerkschaftskonferenz hat folgenden Wortlaut:

Vorbemerkung.

Unsere Delegation hat am 28. Januar 1945 die Schweiz verlassen, ohne dass die britischen Einreisevisen eingetroffen waren. Wie wir bei unserer Rückkehr erfuhren, sind diese am 29. Januar, einen Tag nach unserer Abreise, hier angekommen. Die besondere Reisemöglichkeit, die uns zur Verfügung stand, liess das Wagnis einer Einreise ohne Visa zu. Es sind uns denn auch keinerlei Schwierigkeiten erwachsen, wobei festgestellt werden muss, dass uns von der schweizerischen Gesandtschaft in London und von unsern amerikanischen Freunden fast jede persönliche Bemühung zur Regelung der Visa-Angelegenheit abgenommen wurde. Am 29. Januar trafen wir in England und am 30. Januar vormittags in London ein.

war auf den 31. Januar 1945 in Transport-House, Smith Square, London SW. 1, einberufen worden, wobei drei Sitzungstage vorgesehen waren. Der Beginn der Sitzung wurde indessen um einen Tag verschoben, weil der Präsident des IGB., Sir Walter Citrine, noch nicht von einer Reise zurück war, die er mit einer britischen Gewerkschaftsdelegation nach Griechenland unternommen hatte. Er war indessen auch am 1. Februar noch nicht in London eingetroffen, und die Sitzung wurde an diesem Tage von J. Hallsworth vom Britischen Gewerkschaftsbund eröffnet und während der ganzen Dauer präsidiert. Ueber die Beschickung der Sitzung gibt die im Anhang enthaltene Präsenzliste (siehe II C) Auskunft. Wie daraus hervorgeht, war die Schweiz das einzige neutrale Land an der Ausschußsitzung, da die Vertreter Schwedens wegen Visa- und Reiseschwierigkeiten nicht rechtzeitig in London eintreffen konnten.

Die Traktandenliste der Ausschußsitzung war folgende:

1. Genehmigung der Protokolle früherer Sitzungen.
2. Zulassung nicht eingeladener Organisationen und des IAA.
3. Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit und die heutige Situation des IGB.
4. Finanzbericht und Wahl zweier Revisoren.
5. Die Reorganisation des IGB.
6. Soziale und wirtschaftliche Forderungen des IGB.
7. Sofortaktion für die Einführung der 40-Stunden-Woche.
8. Die künftige Tätigkeit des IGB.
9. Sitz des IGB. und erster Kongress nach Kriegsende.

Einleitend wies der Generalsekretär, Kollege W. Schevenels, darauf hin, dass das Sekretariat in bezug auf die Vorbereitung der Ausschußsitzung grossen Schwierigkeiten begegnet sei. So sei es infolge der ungenügenden Besetzung des Sekretariates und des chronischen Papiermangels nicht möglich gewesen, eine ganze Reihe von Vorlagen zu übersetzen: diese liegen deshalb nur in Englisch vor. — Das Protokoll des sog. Krisenkomitees über seine Sitzung vom 7. Dezember 1944 wurde mit einigen unwesentlichen Aenderungen genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde beschlossen, die nach England exilierten Gewerkschaftsgruppen von Deutschland, Oesterreich, Spanien, Polen und der Tschechoslowakei als Beobachter zur Ausschußsitzung zuzulassen. Erstmals wurde auch das Internationale Arbeitsamt (IAA.) offiziell zur Teilnahme eingeladen.

Zur Behandlung der Punkte 8 und 9 der Tagesordnung wurde eine Kommission aus den Kollegen Deakin, Leuenberger,

Oldenbroek, Watt, Bondas, Mukerji und Locker bestellt. Der Generalsekretär hat den Sitzungen der Kommission beigewohnt.

Daraufhin zog der Ausschuss vorweg das Programm der sozialen und wirtschaftlichen Forderungen des IGB. (Punkt 6 der Tagesordnung) in Behandlung*. Einige Landeszentralen und Internationalen Berufssekretariate hatten ihre Stellungnahme bereits schriftlich niedergelegt; die Delegierten haben diese auszugsweise in Englisch erhalten. Die Meinungsäusserung des Bundeskomitees des Schweiz. Gewerkschaftsbundes zur Frage der Wiederaufrichtung der Gewerkschaften in den faschistischen und nazistischen Ländern, nämlich « dass sich die Gewerkschaftsbewegungen der einzelnen Länder organisch aus den eigenen Erfordernissen und Möglichkeiten heraus entwickeln » müssten und dass « den Gewerkschaften, die sich ohne Zweifel als erster Kern einer demokratischen Ordnung ergeben werden, die weitestgehende Selbständigkeit in bezug auf ihre Errichtung und Verwaltung zuerkannt werden » müsse, wurde insbesondere auch von Norwegen und Schweden vertreten. Auch diese beiden Landeszentralen verlangten mit Nachdruck, dass alles vermieden werden müsse, was nach direkter Einmischung und Bevormundung aussehe und dass nur eine gewisse Ueberwachung und vor allem Mithilfe in Frage komme. Der Norwegische Gewerkschaftsbund hielt es für unmöglich, eine freie Gewerkschaftsbewegung durch Kommissionen und Vorschriften von aussen aufzubauen, und der Schwedische Gewerkschaftsbund bezeichnete es direkt als gefährlich für den IGB., in irgendeiner Weise sich an der Besetzung der « ehemals feindlichen Länder » zu beteiligen. « Die internationale Arbeiterbewegung muss Deutschland und Italien helfen, nicht ihnen befehlen ». Unsere Delegation hatte Gelegenheit, diese Ansicht im Ausschuss auch mündlich zu vertreten, wobei sie allerdings betonte, dass es sich um Anregungen und Vorbehalte handle und sie nicht den Auftrag habe, formulierte Anträge zu stellen. Im übrigen beschränkte sich der Ausschuss darauf, redaktionelle Aenderungen am vorgelegten Programm vorzunehmen. Er stellte dann fest, dass es sich nur um eine provisorische Richtlinie handle und dass die endgültige Beschlussfassung dem ordentlichen Kongress vorbehalten bleiben müsse. In diesem Sinne wurde das Programm im Prinzip gutgeheissen.

Bei der Behandlung der Jahresberichte (Punkt 3 der Tagesordnung) kritisierte die französische Delegation heftig die Tätigkeit des IGB. nach 1940. Dieser habe die Gewerkschaftsbewegung in den besetzten Ländern sozusagen ohne Unterstützung gelassen und nie Stellung bezogen zu den Quislingen und Kriegsverbrechern. Der Bericht enthalte auch keinerlei Stellungnahme gegenüber den Renegaten unserer eigenen Bewegung. Der Ausschuss sollte erkennen, dass der IGB. nur noch die Aufgabe habe,

* Im Wortlaut veröffentlicht in der Nummer Jan./Febr. 1945 der «Gewerkschaftlichen Rundschau».

einer neuen, breiteren und aktiveren Organisation Platz zu machen. Diese Vorwürfe wurden vor allem von den Engländern energisch zurückgewiesen, die geltend machten, der IGB. habe während des Krieges das getan, was unter den obwaltenden Umständen möglich gewesen sei. Sie wurden darin auch von Kollegen Watt (AF. of L.) unterstützt. Schliesslich wurden die Jahresberichte mit allen gegen zwei Stimmen genehmigt. Die französische Delegation enthielt sich dabei der Stimme.

Die Rechnung und der Revisorenbericht des IGB. (Punkt 4 der Tagesordnung) wurden einstimmig genehmigt, und als Revisoren wurden die bisherigen wiedergewählt.

Bei der Behandlung von Punkt 5 der Tagesordnung (Reorganisation des IGB.*) spielten vor allem drei Probleme eine grosse Rolle:

1. Soll die Möglichkeit geschaffen werden, in einem Lande mehr als eine Landesorganisation in den IGB. aufzunehmen?
2. Sollen neben Landeszentralen auch einzelne nationale Berufsorganisationen aufgenommen werden?
3. Sollen die Internationalen Berufssekretariate ihre Selbständigkeit aufgeben und nur noch als Abteilungen des IGB. weitergeführt werden?

Gegen die Aufnahme mehrerer Landeszentralen wehrte sich vor allem Watt (AF. of L.), der die besondere Situation in Nordamerika in einem längeren Votum darlegte. Seine Bedenken wurden von verschiedenen andern Delegierten unterstrichen. Downes (Südafrika) sprach sich gegen die Aufnahme von einzelnen Berufsorganisationen aus, die den zuständigen Landeszentralen nicht angeschlossen sind. Gegen den Einbau der Internationalen Berufssekretariate in den IGB. und die damit verbundene Aufgabe ihrer Selbständigkeit wandte sich vor allem Oldenbroek (ITF.). Die Behandlung des Projektes litt sehr darunter, dass es den einzelnen Landesorganisationen nicht möglich gewesen war, unter sich Fühlung zu nehmen und dass die meisten Berufsinternationalen keine Möglichkeit gehabt hatten, das Projekt in einer ordentlichen Sitzung zu behandeln. Der Vorsitzende schlug deshalb vor, « das Projekt nur als provisorischen Bericht zu genehmigen, der durch den Ausschuss in einer späteren Sitzung weiterbehandelt und dem Kongress vorgelegt werden soll ». Inzwischen sollten die Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate Gelegenheit haben, das Projekt ebenfalls weiter zu diskutieren. Diese « Motion » des Präsidenten wurde einstimmig angenommen. Die französische Delegation nahm an der ganzen Diskussion nicht teil und beteiligte sich auch nicht an der Abstimmung.

---

* Die diesbezüglichen Vorschläge des IGB. sind im Wortlaut in der Nummer Jan./Febr. 1945 der «Gewerkschaftlichen Rundschau» veröffentlicht worden.

Die für die Punkte 8 und 9 bestellte Kommission schlug dem Ausschuss folgende Beschlüsse vor:

1. Der Sitz des IGB. bleibt vorläufig in London. Ein definitiver Beschluss obliegt dem ordentlichen Kongress.
2. Der Vorstand des IGB. erhält Vollmacht zum Ausbau des Sekretariates nach den sich ergebenden Notwendigkeiten. In Frage kommt vor allem die Anstellung eines Adjunkten und von zwei bis drei qualifizierten Angestellten als Abteilungsleiter. Diese Anstellungen müssen später vom Kongress genehmigt werden. Für die Anstellung des notwendigen technischen Personals erhält der Generalsekretär Vollmacht, wobei nach Möglichkeit die früheren Angestellten des IGB. zu berücksichtigen sind.
3. Den angeschlossenen Organisationen soll die Erhöhung der Beiträge von 12 auf 20 Shilling pro Tausend Mitglieder vorgeschlagen werden.
4. Der ordentliche Kongress des IGB. soll, wenn immer möglich, im September 1945 stattfinden, und zwar im Anschluss an eine Konferenz des Internationalen Arbeitsamtes (IAA.), die wahrscheinlich in Paris oder in der Umgebung von Paris tagen wird.

Alle diese Vorschläge werden vom Ausschuss zum Beschluss erhoben.

Zum Punkt 7 der Tagesordnung (Sofortaktion für die Einführung der 40-Stunden-Woche) hatten die Delegierten keinerlei Vorlage erhalten. Der Generalsekretär teilte mit, dass dieser Punkt vor allem auf Antrag des Kollegen Citrine aufgenommen worden sei und dass die Diskussion möglichst viele Informationen zu diesem Problem liefern sollte. Verschiedene Delegierte legten darauf die Situation in ihren Ländern dar. Fox (Neuseeland) konnte die Mitteilung machen, dass dort die 40-Stunden-Woche mit wenigen Ausnahmen seit 1936 verwirklicht sei. Wenn während des Krieges wieder länger gearbeitet worden sei, so hätten die Arbeiter für die verlängerte Arbeitszeit die gesetzlichen Zuschläge erhalten. Selbstverständlich wurde von allen Delegierten betont, dass die Einführung der 40-Stunden-Woche nur in Frage kommen könne, wenn zumindest der bisherige Lohn für die verkürzte Arbeitszeit bezahlt werde. Besonders eindringlich wurde auch auf das Problem der Konkurrenzfähigkeit zwischen den einzelnen Ländern hingewiesen. Die Diskussion zeigte, dass die Einführung der 40-Stunden-Woche nur auf internationalem Boden möglich ist und dass die Verhältnisse von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent (Asien!) noch so verschieden sind, dass das Problem noch weiter abgeklärt werden muss. Es wurde deshalb beschlossen, das Sekretariat mit der Durchführung einer eingehenden Erhebung bei allen angeschlossenen Organisationen zu beauftragen.

B. Die Weltgewerkschaftskonferenz.

Die vom Britischen Gewerkschaftsbund einberufene und am 6. Februar 1945 eröffnete Weltkonferenz der Gewerkschaften bot schon rein äusserlich ein vom Ausschuss des IGB. völlig verschiedenes Bild. Der Stempel wurde ihr vor allem durch die fünfunddreissigköpfige Delegation der russischen Gewerkschaften aufgedrückt, die 27 Millionen Mitglieder vertrat. An Stelle der « American Federation of Labour » (A. F. of L.), die Mitglied des IGB. ist und die an der Ausschußsitzung anwesend war, wurde die Weltkonferenz aus den USA. vom « Congress of Industrial Organisation » (CIO.) beschickt. Die A. F. of L. blieb der Weltkonferenz fern mit der Begründung, es sei ihr unmöglich, an einer Veranstaltung mitzuwirken, auf deren Einberufung und Organisation die Kommunisten bestimmenden Einfluss ausgeübt hätten. Bei den russischen Gewerkschaften handle es sich nach der Meinung der A. F. of L. keinesfalls um freie und unabhängige Organisationen, diese seien vielmehr bloss Organe der russischen Regierung.

Ueber die Beschickung der Konferenz gibt die diesem Bericht beigelegte Aufzählung (siehe II C) Auskunft. Wir bemerken dazu, dass neben den freien Gewerkschaften aus der ganzen Welt auch die christlichen (katholischen) Gewerkschaftsverbände von Belgien, Frankreich und der Niederlande vertreten waren. In der Schweiz haben neben dem Schweiz. Gewerkschaftsbund und dem Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe auch der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund, der Landesverband freier Schweizer Arbeiter und die Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände in einem späteren Zeitpunkt auch der Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz erhalten. Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund hat sein anfängliches Desinteressement kurz vor Beginn der Konferenz aufgegeben und war gewillt, einen Delegierten zu entsenden. Diese Stellungnahme erfolgte jedoch zu spät, um die Visa-Angelegenheit noch ordnen zu können. Der Verband evangelischer Arbeiter und Angestellter, der bei der Versendung der Einladung durch den britischen Gewerkschaftsbund (TUC.) übersehen worden war, interessierte sich ebenfalls für die Teilnahme. Die daraufhin erfolgte Einladung kam ebenfalls zu spät. Wie die übrigen eingeladenen schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen reagiert haben, ist uns nicht bekannt.

Die Weltkonferenz wurde Dienstag, den 6. Februar 1945, vormittags 10.30 Uhr, von Sir Walter Citrine, Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes, eröffnet. Er wies darauf hin, dass die Konferenz vom Britischen Gewerkschaftsbund einberufen und von einem aus Vertretern der russischen Gewerkschaften, des CIO. und des TUC. bestehenden Komitee, vorbereitet worden sei. Der erste Vorschlag dieses Komitees gehe dahin, dass die Eröff-

nungssitzung von Mr. Georg Isaacs, Präsident des TUC., präsidiert werde. Dieser hiess die Delegierten namens des TUC. und des Vorbereitungskomitees willkommen und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass der Ruf des TUC. einen so weltweiten Widerhall gefunden habe. Dann sprach er dem Londoner Grafschaftsrat den Dank dafür aus, dass er der Konferenz seine Tagungs- und Verwaltungsräume, « diese Zitadelle der Demokratie und dieses Symbol der Freiheit », zur Verfügung gestellt habe. Sein und der Konferenz besonderer Gruss ging an alle Streitkräfte der alliierten Nationen. Deren Leistungen und Opfer hätten der Konferenz als Vorbild zu dienen. Die erste Aufgabe der Konferenz sei es, die Kräfte der Internationalen Gewerkschaftsbewegung zu konzentrieren und für die Erreichung des Zieles einzusetzen, für das die alliierten Nationen nun seit Jahren kämpften und litten. Alle Verhandlungsgegenstände der Konferenz hätten dieses eine Ziel im Auge.

Nach dieser kurzen Eröffnungsansprache hiess Dr. Somerville Hastings, der Präsident des Londoner Grafschaftsrates, die Delegierten willkommen. Er wies auf die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung in England hin und legte dar, welche Beziehungen zwischen dieser und der grössten Gemeindeverwaltung der Welt bestehen. Nachdem er die mannigfachen Aufgaben dieser Behörde dargelegt hatte, wünschte er der Konferenz einen vollen Erfolg.

Sir Walter Citrine teilte dann mit, dass der englische Premier, Winston S. Churchill, die Absicht gehabt habe, die Konferenz persönlich zu begrüssen. Dies sei leider nicht möglich gewesen, weil im gleichen Moment Roosevelt, Stalin und Churchill zu einer neuen Beratung zusammengetreten seien. Premierminister Churchill habe deshalb der Konferenz die folgende schriftliche Begrüssungsadresse übermittelt:

« Mein lieber Herr Citrine!

Mit diesem Schreiben möchte ich Sie bitten, im Namen der Regierung den vielen zur Zeit zum Weltgewerkschaftskongress in London versammelten Delegierten die wärmsten Grüsse zu übermitteln. Die britischen Gewerkschaften haben einen hervorragenden Anteil zu den Kriegsanstrengungen dieses Landes geleistet und ich ergreife diese Gelegenheit, Zeugnis abzulegen für ihre Standhaftigkeit und Hilfe in den vergangenen 5 Jahren. Zusammenarbeit wird nicht weniger wichtig sein in den kommenden Jahren. Ich bin gewiss, dass die Wirksamkeit der an diesem Kongress vertretenen Gewerkschaften von den gleichen hohen Auffassungen getragen ist und getragen sein wird.

Es ist ein Anlass zum Stolz, dass London der Treffpunkt dieser bedeutsamen Zusammenkunft ist. Ich hoffe, dass Ihre Verhandlungen erfolgreich sein werden und Ihre Gäste angenehme Erinnerungen an dieses Land mit nach Hause nehmen werden.

Ihr ergebener

gez. Winston S. Churchill. »

In der zweiten Sitzung begrüsste dann der Vizepremier, C. R. Attlee, die Konferenz im Namen der britischen Regierung.

Die Konferenz wählte zu ihren Präsidenten:

George Isaacs (England)
V. V. Kuznetsov (UdSSR.)
R. J. Thomas (USA.)

und zu Vizepräsidenten:

Louis Saillant (Frankreich)
Chu Hsueh Fan (China)
V. L. Toledano (Lateinamerika)

Schliesslich wurde in dieser ersten Sitzung noch die vom Vorbereitungskomitee aufgestellte Tagesordnung der Konferenz genehmigt. Diese lautet:

1. Unterstützung und Förderung der alliierten Kriegsanstrengungen.
2. Die Haltung der Gewerkschaften zur künftigen Friedensregelung.
3. Die Vertretung der Gewerkschaften auf der Friedenskonferenz und in den vorbereitenden Konferenzen für Hilfeleistung. Wiederaufbau und Reparationen.
4. Die Probleme des Wiederaufbaues nach dem Kriege und der Wiederaufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

Zu jedem dieser Traktanden fand eine allgemeine Eintretensdebatte in der Vollversammlung der Konferenz statt. Die weitere Behandlung wurde einer für jedes Problem besonders bestellten Kommission übertragen, die der Konferenz Anträge und Resolutionen zu unterbreiten hatte. Die Konferenz bestellte u. a. auch ein sog. « Standing Committee », eine Art Geschäftsordnungskommission. Unsere Delegation hat gegenüber dem Vorschlag, der polnischen Delegation eine Vertretung in dieser Kommission einzuräumen, sich für die Wahl eines Norwegers eingesetzt. Ein solcher ist denn auch in der Person des Kollegen I. Haugen gewählt worden.

An der Konferenz traten in bezug auf einzelne, anscheinend nebensächliche Probleme, Meinungsverschiedenheiten auf. Es war nicht immer leicht, diese zu überbrücken. Eine erste tiefgehende Differenz betraf den Abstimmungsmodus. Das vorbereitende Komitee hatte eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, in der bestimmt war, dass nur einstimmige Beschlüsse gefasst werden dürften und dass eine Beschlussfassung durch eine Mehrheit der Stimmenden ausgeschlossen sei. In der ersten Sitzung des « Standing Committee » wurde nun aber der Antrag auf Aenderung dieser Bestimmung gestellt, wonach auch Mehrheitsbeschlüsse zulässig sein sollten. Es waren vor allem die Russen und die Franzosen, die

diesen Antrag in der Kommission und in der Konferenz vertraten, während die Engländer am ursprünglichen Abstimmungmodus festhalten wollten. Schliesslich hat die Delegation des CIO. einen Vermittlungsantrag gestellt, der auf die Interpretation des Ausdruckes « Einstimmigkeit » hinauslief. Danach sollte diese nicht als erreicht gelten, wenn ein Drittel der anwesenden Delegation mit mindestens einem Drittel der auf der Konfernz vertretenen Mitgliedschaft sich gegen einen Beschluss aussprechen. Dazu wurde weiter bestimmt, dass kein von der Konferenz gefasster Beschluss für die einzelnen Organisationen verbindlich sein sollte, bevor er nicht von diesen ratifiziert worden sei. Dieser Vermittlungsvorschlag wurde von der Konferenz angenommen.

Eine zweite ernsthafte Differenz betraf die Frage der Einladung von Vertretungen aus «ehemals feindlichen Ländern». Die Russen, unterstützt von den Franzosen und den Südamerikanern, stellten den Antrag, Italien, Rumänien und Bulgarien zu der Konferenz einzuladen. Auch unsere Delegation sprach sich vor allem für die Einladung Italiens aus. Diesen Anträgen wurde ebenfalls von den Engländern Opposition gemacht. Schliesslich hatte noch ein polnischer Seeleuteverband (Lublin) das Gesuch um Zulassung gestellt, und die Russen traten für dessen Einladung ein. Auch in dieser Streitfrage haben die amerikanischen Delegierten die Vermittlerrolle übernommen. Es wurde beschlossen, Italien, Rumänien, Bulgarien und Finnland nachträglich noch einzuladen, während die Russen in der Frage der Zulassung des Lubliner Verbandes nachgaben. Vor Schluss der Konferenz sind noch Delegierte aus Italien und Finnland eingetroffen. Ob auch solche vom Balkan angekommen sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

In der Zeit, da unsere Delegation der Konferenz beiwohnen konnte, wurden zu den Tagesordnungsfragen selber noch keine Beschlüsse gefasst. Ueber den weiteren Gang der Verhandlungen können wir daher nur auf Grund des stenographischen Protokolls berichten, das uns inzwischen zugegangen ist. Dieses ist in englischer Sprache abgefasst und umfasst 268 engbedruckte Seiten. Ausser den Reden und Voten sind darin auch die von der Weltkonferenz gefassten Beschlüsse enthalten, ebenso das « Manifest an alle Völker ». Ferner enthält es als einzige Illustration ein Bild vom Empfang der Konferenzdelegation beim englischen König.

Wie aus dem Protokoll zu ersehen ist, nahmen die weiteren Verhandlungen einen überaus ruhigen und harmonischen Verlauf. Gegensätze grundsätzlicher Art traten so gut wie nicht in Erscheinung. Soweit sich Meinungsverschiedenheiten zeigten, betrafen sie ausschliesslich untergeordnete Fragen. Die von den verschiedenen Komitees unterbreiteten Resolutionsentwürfe konnten denn auch von der Vollkonferenz ziemlich rasch bereinigt werden. Die Annahme aller Beschlüsse erfolgte einmütig:

Als Haupteindruck der Verhandlungen ergibt sich:

1. der allseitige, geradezu elementarhaft zu nennende Wunsch aller Delegierten nach Schaffung einer internationalen gewerkschaftlichen Einheit;
2. das stark angewachsene Machtbewusstsein, das alle Gewerkschaftsdelegationen gleichermassen erfüllte;
3. der entschlossene Wille der Gewerkschaften, sich überall in das Wiederaufbauwerk der Nachkriegszeit einzuschalten und keine Verantwortung zu scheuen.

Ein weiteres Merkmal der Londoner Konferenz ist der dort zum Ausdruck gebrachte Wille zur Förderung der Kriegsanstrengungen bis zum endgültigen Sieg über den Faschismus. Ihren besonders sinnfälligen Niederschlag fand diese den Kongress beherrschende Stimmung in einem Telegramm, das die Konferenz nach Annahme der «Erklärung zur Förderung der alliierten Kriegsanstrengungen» an die kommandierenden Marschälle und Admirale der alliierten Streitkräfte richtete. Dieses Telegramm, das die Namen der Marschälle und Admirale einzeln aufführt, hat folgenden Wortlaut:

«Die Delegierten der Weltgewerkschaftskonferenz, die 60 Millionen organisierte Arbeiter aus 35 Ländern vertreten, entbieten Euch und den Eurem Kommando unterstehenden Offizieren und Mannschaften warme brüderliche Grüsse. Wir tagen in London, um die Anstrengungen der von uns vertretenen Arbeiter für die Gewinnung des Krieges, für einen dauernden Frieden und für eine Welt zu vereinen, die der Opfer der Männer und Frauen, die für die Verteidigung unserer Freiheit gekämpft, geblutet und ihr Leben gelassen haben, würdig ist. Unsere ersten Gedanken an dieser Konferenz wenden sich den ruhmreichen Armeen der Vereinten Nationen zu, an deren Fahnen die Hoffnung auf eine aufsteigende Menschheit geheftet ist und deren wunderbare Leistungen auf jedem Kriegsschauplatz und an jeder Front den Sieg unserer Sache gesichert hat. Wir haben an die 60 Millionen Arbeiter, die wir vertreten, appelliert, mit dem Nahen des Sieges keinen Augenblick zu ruhen oder in ihren Anstrengungen nachzulassen, sondern mit noch grösserer Energie und Hingabe zu arbeiten und selber alles zu tun, um die Produktion zu steigern. In ihrem Namen geloben wir, dass wir unablässig daran arbeiten werden, die Eurem Kommando unterstehenden Streitkräfte mit allem zu versehen, dessen sie bedürfen, bis zu dem Tage, da der Feind nach voller und endgültiger Niederlage die Waffen aus der Hand legt.»

Ein ergänzendes Gegenstück hierzu bildete ein Telegramm, das die Konferenz an die «Grossen Drei» aus Anlass der Jalta-Beschlüsse richtete. In diesem heisst es:

«Die Delegierten aus 35 Ländern, die der Weltgewerkschaftskonferenz in London beiwohnen und über 60 Millionen Arbeiter der freiheitliebenden Länder vertreten, haben mit grosser Genugtuung von den Ergebnissen der Krimkonferenz Kenntnis genommen. Wir begrüssen die Ankündigung, dass die Leiter Grossbritanniens, der Vereinigten Staaten und Sowjetrusslands gemeinsam mit ihren Generalstäben übereingekommen sind, Massnahmen für eine weitere Beschleunigung des Krieges gegen Hitlerdeutschland und für die Herbeiführung

eines raschen und siegreichen Endes zu treffen. Wir unterstützen rückhaltlos Ihre Erklärung, dass jede Spur des verhassten faschistischen Regimes ausgetilgt werden muss, ebenso wie die praktischen Massnahmen, die Sie zur Herbeiführung dieses Resultates beschlossen haben und die dafür garantieren, dass dieses gründlich und vollkommen geschieht.

Wir begrüssen Ihren Beschluss, sofort gemäss den Richtlinien der Vorschläge von Dumbarton Oaks zur Vollendung einer internationalen Organisation zu schreiten, die künftige Angriffe zu verhindern und den Frieden zu sichern hat.

Wir stimmen vollkommen Ihrer Erklärung über das befreite Europa zu, wonach den Völkern der befreiten Länder restlose Demokratie und Selbstbestimmung zu sichern ist.

Die grossen Leistungen der Krimkonferenz und die Einmütigkeit ihrer historischen Entscheidungen bestätigen vollauf den Glauben aller freiheitliebenden Völker, dass die Probleme der schleunigen Herbeiführung des Sieges und der Errichtung eines gerechten und dauernden Friedens gelöst werden können und allen Schwierigkeiten zum Trotz gelöst werden.

Hier in London versammelt, um die Einheit und enge Zusammenarbeit der Arbeiterschaft der freiheitliebenden Völker herzustellen, geloben wir Ihnen bei der Ausführung der von Ihnen gefassten Beschlüsse unsere volle Unterstützung.

Wir verflichten uns selber, über die Einheit der Vereinten Nationen in Krieg und Frieden zu wachen und sie zu schützen und unablässig zusammen zu arbeiten zur Erreichung unserer gemeinsamen grossen Ziele: rascher Sieg und dauernder Friede.»

Als weitere Besonderheit sei der Empfang einer Delegation der Weltgewerkschaftskonferenz beim englischen König erwähnt, der von dem amtierenden Präsidenten, George Isaacs, der Konferenz mit der Bemerkung bekanntgegeben wurde, dass dieser eine «Anerkennung des Wertes unserer Konferenz» darstelle.

Schliesslich sei auch noch auf den Empfang der Konferenz durch den römisch-katholischen Erzbischof von Westminster hingewiesen, der in seiner Ansprache die katholischen Delegierten zu eifriger Beteiligung an der gewerkschaftlichen Arbeit aufforderte und weiter ausführte:

«Der berühmteste meiner Vorgänger, Kardinal Manning, war ein eifriger Befürworter der Gewerkschaften.

Die Lektion, die uns der Krieg erteilte, darf nicht umsonst sein; darum müssen wir auch alle eine Massnahme willkommen heissen: das Lohnstabilisierungsgesetz, das jetzt vom Parlament behandelt und das von allen unterstützt wird, die — wie wir — in Ländern arbeiten, in denen die Menschen im Glaubensbekenntnis getrennt sind. Wir teilen die Gewerkschaftszugehörigkeit mit Männern der verschiedensten Religionen, wie mit denen, die keinem Glaubensbekenntnis angehören. Aber gerade weil wir Katholiken sind, haben wir an die gemeinsame Sache einen besondern Beitrag zu leisten.

Das will heissen, dass wir Katholiken, die wir Gewerkschafter sind, uns Mühe geben werden, darüber nachzudenken und uns zu informieren über alles, was Natur und Schicksal des Menschen betrifft, wie über den Zweck und die geistige Bereicherung der menschlichen Gesellschaft. Aber als Aussenstehende können wir nicht die Absicht haben, gewerkschaftliche Aufgaben zu lösen, denn

das ist nicht Sache der Kirche, doch wir können — nach den Worten von Papst Pius XI. — bestrebt sein, den Gewerkschaften, denen wir angehören, den aufrichtigen Geist einzuflössen, der ihre ganze Haltung bestimmen sollte.»

Zum Tagesordnungspunkt «Die Haltung der Gewerkschaften zur künftigen Friedensregelung» referierte Sir Walter Citrine in einer sehr abgewogenen Rede. Als Berichterstatter der Kommission zu dieser Frage fungierte A. Gazier vom Französischen Gewerkschaftsbund. Zu Meinungsverschiedenheiten gab an der Konferenz nur der Art. 26 des Komitee-Entwurfs Anlass, der sich u. a. zugunsten der Förderung des jüdischen Nationalheims in Palästina ausspricht. Der Einwand kam ausschliesslich von arabischer Seite. Die übrigen Kritiken betrafen nur Geringfügigkeiten. Der Entwurf fand im wesentlichen in der vorgelegten Form Annahme (siehe II B des Anhanges).

Zum Tagesordnungspunkt «Grundlagen eines Weltgewerkschaftsbundes» referierte Sidney Hillman (CIO.), «einer der im Vordergrunde stehenden Arbeiterführer Amerikas», wie ihn der amtierende Präsident, R. J. Thomas (ebenfalls vom CIO.), vorstellte. Unter allen Fragen beschäftigte diese die Konferenz am eingehendsten und leidenschaftlichsten. Hillman, der auch als Berichterstatter der betreffenden Kommission fungierte, bezeichnete sie als «eine der wichtigsten Angelegenheiten». Der Bericht der Kommission, die zu dessen Abfassung aus eigenem Entschluss noch einige Delegierte als Mitglieder aufnahm und die von Citrine präsidiert wurde, fand im Schosse der Kommission einmütige Annahme. «Es gibt keine Uneinigkeit», konnte Hillman bei dessen Einbringung feststellen, «es berechtigt zu den grössen Hoffnungen, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die Welt, dass wir, die wir aus verschiedenen Teilen der Welt zusammenkamen und so viele Länder mit verschiedenen Einrichtungen und verschiedenen Regierungen vertreten, in kurzer Zeit die Grundlage für ein Abkommen über alle Angelegenheiten finden konnten, die die Arbeiterschaft und die Welt beschäftigen.»

Meinungsverschiedenheiten traten bei Behandlung dieses Programmpunktes vor allem in der Frage nach der künftigen Rolle des bisherigen Internationalen Gewerkschaftsbundes zutage. Schon in seinem einleitenden Referat war Hillman davon ausgegangen, dass dieser verschwinden müsse, und als Schevenels den Versuch machte, für diesen eine Lanze zu brechen, wurde ihm von Frachon (CGT. Frankreich) ziemlich gereizt erwidert. Auch von Saillant (CGT. Frankreich) wurde Schevenels wegen einer Bemerkung unwirsch angefahren. Dies waren jedoch die einzigen persönlichen Zusammenstösse. Im übrigen gab nur die Zusammensetzung des vorgesehenen «Fortsetzungskomitees» Anlass zu einiger Diskussion. Zu dem ganzen Fragenkomplex gab Hillman folgende grundsätzliche Klarstellung:

«Das Komitee ist der Auffassung, dass es zwar zweifellos wünschenswert wäre, in allen Ländern eine organische Einheit zu haben. Das Komitee ist aber nicht der Auffassung, dass eine solche organische Einheit in allen Ländern bestehen muss. Wer das Programm und die Verfassung des Weltgewerkschaftsbundes unterschreibt, ist für die «organisatorische Einheit», so wie wir diesen Begriff auslegen. In dem Lande, aus dem ich komme, den Vereinigten Staaten von Amerika, besteht bisher keine organische Einheit. Der Congress of Industrial Organisation (CIO) bedauert, dass der Amerikanische Gewerkschaftsbund (AF of L) nicht hier ist. Aber ich kann Euch versichern, dass wir ihm, wenn dieser beschliessen sollte, der neuen Weltorganisation beizutreten. im Exekutivkomitee Platz machen werden, obwohl wir die organische Einheit in unserem Lande nicht hergestellt haben.»

Die Erklärung betr. die Grundlagen des neuen Weltgewerkschafsbundes ist in diesem Bericht unter II B des Anhanges zu finden. Daraus geht u. a. hervor, dass auch der Schweiz ein Sitz im 41gliedrigen Fortsetzungskomitee eingeräumt wird. Das Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes wird darüber zu entscheiden haben, ob und durch wen dieser Sitz eingenommen werden soll.

Zum Tagesordnungspunkt «Wiederaufbau nach dem Kriege» referierte C. N. Gallie (Britischer Gewerkschaftsbund), der auch als Berichterstatter der Kommission fungierte. Hier trat nur eine Meinungsverschiedenheit darüber zutage, ob das Internationale Arbeitsamt (IAA.) in der Erklärung zu erwähnen sei oder nicht. In dem vorgelegten Text blieb das IAA. ungenannt, und es ist auch in der Endfassung von einer ausdrücklichen Erwähnung abgesehen worden. Doch wurde ausdrücklich festgestellt, dass die Beziehungen, die die Gewerkschaften zum IAA. unterhalten, dadurch nicht berührt werden. Die Nennung unterblieb hauptsächlich mit Rücksicht auf die Russen, die bekanntlich dem IAA zurzeit nicht angehören. (Resolution siehe unter II B des Anhanges.)

Zum Tagesordnungspunkt «Unterstützung und Förderung der alliierten Kriegsanstrengungen» referierte R. Robinson (CIO.), der auch als Berichterstatter der betreffenden Kommission fungierte. Dieser Programmpunkt gelangte am schnellsten zur Abwicklung. Der von der Kommission vorgeschlagene Text wurde nach kurzer Aussprache ohne irgendwelche sachliche Aenderung angenommen. (Siehe II B des Anhanges.)

Die Weltgewerkschaftskonferenz wurde mit einer kurzen, von Zuversicht erfüllten Ansprache des Präsidenten George Isaacs geschlossen. «Lasst uns», so erklärte er, «von hier gehen mit dem festen Entschluss in unserm Herzen, das Banner der Freiheit hochzuhalten, den Atem und den Geist unserer Bewegung wachzuhalten, auf dass wir, wenn wir in den nächsten Jahren wieder zusammenkommen, dies in voller Freiheit, in voller Kameradschaft und in vollem Glück tun können. Die Konferenz ist geschlossen. Ihr Werk hat eben erst begonnen.»

Seitens des Komitees der Weltgewerkschaftskonferenz wurde in deren Auftrag am 22. Februar ein

Manifest an alle Völker

herausgegeben. (Siehe II B des Anhanges.)

Das Protokoll der Weltgewerkschaftskonferenz erscheint in den vier Kongresssprachen, nämlich englisch, französisch, russisch und spanisch. Die Besorgung der französischen Ausgabe hat der Französische Gewerkschaftsbund, die der russischen der Allrussische Gewerkschaftsbund und die der spanischen der Mexikanische Gewerkschaftsbund übernommen. Eine zusammengefasste Wiedergabe der Entschliessungen findet man im Anhang (II B).

C. Die Fühlungnahme mit der sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation.

G. Bernasconi und H. Leuenberger, die an der vom Englischen Gewerkschaftsbund eingeladenen Weltgewerkschaftskonferenz den Schweiz. Gewerkschaftsbund vertraten, und Dr. H. Oprecht, der als Delegierter der Internationalen Föderation des Personals öffentlicher Dienste an dieser Konferenz teilnahm, hatten keinerlei Auftrag, mit der Führung der sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation Fühlung zu nehmen. Gleichwohl beschäftigten sie sich bereits auf der Reise nach England unter anderem auch mit der Frage, ob der Kontakt mit der sowjetrussischen Gewerkschaftsvertretung aufgenommen werden sollte, wenn dazu sich eine Möglichkeit biete.

In der Annahme, einem Wunsch des Schweiz. Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Verbände zu entsprechen, aber auch im Bewusstsein, dem Landesinteresse zu dienen, stellte die Delegation sich positiv zu dieser Frage ein. Sie bereitete sich deswegen darauf vor, die Verbindung mit den Vertretern der russischen Gewerkschaften zu suchen.

Nach ihrer Ankunft in London, Dienstag, den 30. Januar 1945, erfuhr die schweizerische Delegation, dass eine starke sowjetrussische Gewerkschaftsvertretung an der Weltkonferenz erwartet werde und auf der Reise nach London sich befinde. Nach persönlichen Besprechungen mit den Vertretern verschiedener gewerkschaftlicher Landeszentralen sowie Internationaler Berufssekretariate (IBS.) und nach dem Verlauf der Sitzung des Generalrates des IGB. musste die schweizerische Delegation annehmen, dass die Weltkonferenz von den Vertretungen der russischen, amerikanischen, englischen und französischen Gewerkschaften beherrscht sein werde, die Vertretungen der kleinen oder gar neutralen Länder dementsprechend wenig Beachtung finden würden. In dieser Annahme wurde die Delegation bestärkt, als sie davon Kenntnis erhielt, dass man den Russen und Amerikanern bis zum Aeussersten

entgegenkommen wolle, dass man von englischer Seite sogar bereit sei, beispielsweise auch den IGB. zu opfern, um mit den Russen, Amerikanern und Franzosen unter allen Umständen sich einigen zu können. Die schweizerische Delegation verhielt sich aus diesen Gründen — nicht nur gemäss den erhaltenen Weisungen — zurückhaltend und abwartend. Dafür pflegte sie um so intensiver die persönliche Fühlungnahme mit den Vertretern der Gewerkschaften aller Länder. Nebenbei sei erwähnt, dass der Ankunft und dem Auftreten der sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation alle Konferenzteilnehmer mit Spannung entgegensahen.

Die Delegation bestand aus 35 Mitgliedern, mit V. V. Kuznetsov, Präsident des Allgemeinen Zentralrates der Gewerkschaftsverbände der UdSSR., als Leiter.

Die russische Delegation war die weitaus repräsentativste. Das Durchschnittsalter ihrer Angehörigen lag zwischen 30 und 40 Jahren. Erfreulich war die relativ starke Vertretung der russischen Frauen. Nur der französischen und der englischen Delegation gehörte je eine Frau an, während die russischen Gewerkschafterinnen mit 7 Kolleginnen vertreten waren.

Am Eröffnungstag der Weltgewerkschaftskonferenz, 6. Februar 1945, sprach der Vorsitzende der sowjetrussischen Delegation zur Frage des verstärkten Kampfes gegen den Faschismus und zur Steigerung der Kriegsproduktion. Wir halten aus dieser Rede den Passus fest, der sich mit den neutralen Ländern befasste und der folgenden Wortlaut hat:

«Die arbeitende Klasse und die Gewerkschaften von Schweden, der Schweiz und andern Ländern, die am Krieg gegen Hitlerdeutschland nicht direkt teilnehmen, stehen ebenfalls der wichtigen Aufgabe gegenüber, den Faschismus zu zerstören. Die Arbeiter und die Gewerkschaften dieser Länder müssen einen entscheidenden Kampf aufnehmen gegen die Politik ihrer Regierungen, gegen die Hilfeleistung an Faschistendeutschland. Sie müssen von ihren Regierungen verlangen, dass weder Nahrungsmittel noch Kriegsmaterial nach Hitlerdeutschland gelangen und dass die Tätigkeit faschistischer Spione und Agenten in diesen Ländern aufhört. Die Arbeiter und Gewerkschaften dieser Länder müssen auch gegen jene kämpfen, die den faschistischen Kriegsverbrechern in ihren Ländern Unterschlupf gewähren. Die Pflicht der Gewerkschaften der demokratischen Länder im Kampf gegen die Kräfte des Faschismus besteht darin, einen Bruch in diplomatischer, wirtschaftlicher und andern Beziehungen mit den faschistischen Regierungen solcher Länder wie Spanien, Portugal und Argentinien herbeizuführen, ihren Völkern zu helfen, den Faschismus auszulöschen und die politische und wirtschaftliche Isolierung dieser Länder zu vollziehen.»

Diese Ausführungen des sowjetrussischen Vertreters an die Adresse der schwedischen und schweizerischen Gewerkschaften boten uns die gewünschte Gelegenheit zur Aufnahme der persönlichen Fühlungnahme mit der russischen Delegation. Nachdem die schweizerische Delegation übereingekommen war, dass der Kontakt mit den russischen Kollegen nicht auf dem Umweg über Dritte

(z. B. über Saillant, Frankreich) gesucht werden sollte, stellte in einer Verhandlungspause am 7. Februar der Uebersetzer, Paul Tofahrn (Sekretär der ITF.). die schweizerische Delegation dem Leiter der sowjetrussischen Gewerkschaftsabordnung, V. V. Kuznetsov, vor und gab ihm ihren Wunsch, mit einer Vertretung der sowjetrussischen Delegation sich aussprechen zu können, bekannt.

Kuznetsov nahm diesen Wunsch in freundlicher Weise entgegen und erklärte sich sofort zu einer Besprechung bereit. Er machte dabei darauf aufmerksam, dass ein Verhandlungsausschuss der russischen Delegation bestellt werde, falls er persönlich wegen der Konferenzgeschäfte die Besprechungen eventuell nicht führen könnte. Am Vormittag des 8. Februar traf sich eine Abordnung der russischen Delegation mit den schweizerischen Kollegen. Auf russischer Seite verhandelten: Frau Vera Tsvetkova, Mitglied des Zentralkomitees des Allrussischen Gewerkschaftsrates und Präsidentin des Zentralkomitees der Textilindustriegewerkschaft Russlands; ferner P. A. Borisov, Mitglied des Präsidiums des Allgemeinen Zentralrates der Gewerkschaften Russlands und Präsident des Zentralkomitees der Gewerkschaft in der Automobilindustrie, sowie eine russische Uebersetzerin.

Die Aussprache wurde deutsch und russisch geführt und gegenseitig übersetzt.

Leuenberger dankte der russischen Abordnung für die Bereitwilligkeit zu einer Aussprache und erklärte, dass die von Kuznetsov an die Adresse der schwedischen und schweizerischen Gewerkschaften gerichteten Worte die schweizerische Gewerkschaftsdelegation nicht überrascht hätten. Er freue sich, dass Kuznetsov die Schweiz nicht zusammen mit Spanien, Portugal und Argentinien genannt habe. Das wäre ungerecht gewesen, denn die Schweiz sei kein profaschistisches Land. Bei all ihren Mängeln sei die Schweiz eine Demokratie, und das Schweizervolk sei in seiner grossen Mehrheit — wenn man den allgemein verwendeten Ausdruck benützen wolle — eher prorussisch als profaschistisch eingestellt. Die schweizerischen Gewerkschaften seien absolut freie Organisationen, weder vom Staat noch von Arbeitgebern abhängig. Sie hätten Faschismus und Nationalsozialismus seit ihrem Aufkommen abgelehnt und bekämpft. Die schweizerischen Gewerkschaften hätten fast ausnahmslos die Leistungen des russischen Volkes und seiner Regierung auf wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet anerkannt. Die schweizerischen Gewerkschaften verlangten denn auch seit Jahren die Aufnahme von normalen und freundschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrussland; nicht erst seit die russischen Armeen ihre gewaltigen Siege errungen haben. Die schweizerischen Gewerkschaften hätten daher nicht nur die zum Teil unglückliche Aussenpolitik der schweizerischen Regierung Sowjetrussland gegenüber bedauert, sondern sie auch bekämpft. Leuenberger wies auch dar-

auf hin, dass grosse schweizerische Gewerkschaftsverbände die Widerstandsbewegung in Frankreich und Italien tatkräftig und wirksam unterstützt hätten und dass der Schweizerische Gewerkschaftsbund durch das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und durch andere Vermittlung Aktionen für die Opfer des Freiheitskampfes gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland und den Faschismus in Italien unterstützt habe. Er machte auch darauf aufmerksam, dass der Schweiz. Gewerkschaftsbund sich z. B. bemüht habe, eine Hilfsaktion für russische Kinder in Russland selbst durchzuführen, dass diese über den Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in London angeknüpften Beziehungen durch bedauerliche Missverständnisse und postalische Schwierigkeiten aber nicht zu Ende geführt werden konnten. Schliesslich erklärte er, dass die in der Rede Kuznetsovs an die schweizerischen Gewerkschaften gerichtete Aufforderung nichts enthalte, was in den Reihen der schweizerischen Gewerkschaften nicht selbst diskutiert und erwogen, zum Teil aber auch ausgeführt werde. Der Einfluss der Gewerkschaften in der Schweiz dürfe jedoch nicht überschätzt, das heisst etwa demjenigen in Russland, England oder Amerika gleichgestellt werden. Die schweizerischen Gewerkschaften, die zusammen im Schweiz. Gewerkschaftsbund 250 000 Mitglieder zählen, könnten vor allem für die frühere Regierungspolitik der Schweiz nicht verantwortlich gemacht werden. Zu berücksichtigen sei auch die Lage des Landes, das jahrelang von den faschistischen Mächten eingeschlossen war und unter ihrem wirtschaftlichen Druck stand. Trotzdem habe die Schweiz ihre Unabhängigkeit bewahrt, und die grosse Masse des Volkes, d. h. vor allem die Arbeiterschaft, habe aus ihrer Abneigung gegen Deutschland nie ein Hehl gemacht.

Dr. H. Oprecht stellte sehr konkret fest, dass die Waffenausfuhr nach Deutschland vom 1. Oktober 1944 an vollständig eingestellt worden sei. Ausserdem sei die Schweiz nicht gewillt, Kriegsverbrechern Unterschlupf zu gewähren. Der Grenzübertritt von Gestapo- und SS.-Leuten werde verweigert. Die Gewerkschaften und die politische Arbeiterbewegung der Schweiz anerkennen grundsätzlich die Berechtigung der Forderungen Kuznetsovs. Die schweizerische Arbeiterbewegung sei seit Dezember 1943 im Bundesrat vertreten, und zwar durch den seinerzeitigen Stadtpräsidenten von Zürich, Ernst Nobs. Seither könne die Regierungspolitik besser beeinflusst werden. Zweifellos müsse sich in der Schweiz vieles ändern. Davon sei in erster Linie die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft überzeugt. Die Arbeiterbewegung hätte sehr viel dazu beigetragen, bestätigte Oprecht, dass das für die verhängnisvolle Aussenpolitik des Landes verantwortliche Mitglied des Bundesrates zurückgetreten sei. Die gesamte schweizerische Arbeiterbewegung sowie grosse Kreise des Volkes wünschten freundschaftliche Beziehungen mit Sowjetrussland; die schwei-

zerischen Gewerkschaften solche mit den russischen Gewerkschaften. Oprecht fragte, ob nicht jetzt schon wenigstens ein gegenseitiger Austausch an wirtschaftlichen und kulturellen Dokumenten erfolgen könne und in welcher Weise nach Auffassung der russischen Gewerkschaftsdelegation die offiziellen Beziehungen zwischen den schweizerischen und den russischen Gewerkschaften hergestellt werden könnten.

Bernasconi bestätigte das Bedauern der Leitung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, dass die seinerzeit geplante Aktion für die russischen Kinder nicht zustande kam. Er versicherte, dass der Schweiz. Gewerkschaftsbund stets bereit sei, eine solche Aktion durchzuführen, wenn dies gewünscht werde und die Transportmöglichkeiten gegeben seien. Er regte ebenfalls den sofortigen Austausch von Publikationen an und wünschte zum Beispiel die Partitur der Leningrader Sinfonie von Schostakovitch, die im Rahmen der Volkssinfoniekonzerte in Basel aufgeführt werden könnte. Er unterstrich den von den Vorrednern zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach Herstellung eines ständigen Kontakts mit den russischen Gewerkschaften und erklärte, dass sich die schweizerische Gewerkschaftsbewegung bemühen werde — soweit dies nicht schon geschehen sei —, im Sinne der Vorschläge Kuznetsovs zu wirken. Ferner erläuterte Bernasconi im besondern das Wirken des Schweiz. Arbeiterhilfswerkes, das sich unter anderm auch der russischen Zivil- und Militärinternierten in der Schweiz annehme.

Die russische Verhandlungsdelegation folgte den Ausführungen mit Interesse. Sie zeigte oft unverhohlen Ueberraschung. Frau Tsvetkova erklärte, dass sie der gesamten russischen Delegation Bericht erstatten wolle. Die erhaltenen Auskünfte erachte sie als wichtig. Sie schlage daher vor, im Verlauf der Konferenz eine weitere Aussprache durchzuführen, damit der schweizerischen Delegation auf verschiedene Fragen Antwort erteilt werden könne. Frau Tsvetkova wollte vor Beendigung der Aussprache die Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaften zu den Problemen kennenlernen, die an der Weltkonferenz zur Diskussion und Entscheidung standen.

Leuenberger machte darauf aufmerksam, dass die Schweiz, und damit auch die schweizerischen Gewerkschaften, jahrelang durch den Krieg isoliert waren. Eine gründliche Orientierung sei unmöglich gewesen. Die schweizerische Delegation sei nach London gekommen, um die Probleme kennenzulernen. Sie nehme daher mehr eine beobachtende Stellung ein. Es sei ihres Erachtens eine umfassende Weltorganisation ohne die russischen Gewerkschaften nicht vorstellbar. Sie begrüsse daher jeden Versuch einer Regelung, die den Zusammenschluss und die Einheit der Gewerkschaften der ganzen Welt ermögliche.

Von dieser Auskunft erklärte sich die russische Delegation ebenfalls befriedigt.

Die Besprechung zwischen dem russischen Verhandlungsausschuss und der schweizerischen Delegation war nicht unbemerkt geblieben. Vertreter der Presse und Delegationsangehörige anderer Länder erkundigten sich über deren Verlauf und drängten auf Bekanntgabe näherer Mitteilungen. Die Schweizer Kollegen hielten mit Mitteilungen so gut als möglich zurück. Sie waren der Ansicht, dass voreilige Publizität den weiteren Besprechungen unter Umständen schaden könnte. So bestätigten sie lediglich, dass die Aussprache freundschaftlich verlaufen sei.

In diesem Sinne wurde wunschgemäss auch Herr Dr. Kessler von der schweizerischen Gesandtschaft, der durch die Vertreter der schweizerischen Presse an der Weltkonferenz von der Unterredung Kenntnis erhalten hatte, orientiert. Ausserdem hatte die Schweizer Delegation bei ihrer Ankunft in London Herrn Minister Rüegger davon Kenntnis gegeben, dass sie beabsichtige, mit den russischen Gewerkschaftsführern Fühlung zu nehmen. Herr Minister Rüegger und Herr Dr. Kessler begrüssten diese Initiative.

Als Samstag, den 10. Februar, die Abreise der Schweizer Delegation feststand, unterrichteten die Berichterstatter die russische Uebersetzerin und erkundigten sich nach der Möglichkeit einer weiteren Aussprache mit der Abordnung der russischen Delegation. Diese fand sofort statt.

Frau Tsvetkova teilte mit, dass die russische Delegation mit Interesse den Bericht über die Aussprache mit den Vertretern der Schweizer Gewerkschaften entgegengenommen habe. Leider könne keine sofortige Entscheidung, respektive Antwort erfolgen. Der Vorschlag der Schweizer Delegation betr. Aufnahme von offiziellen Beziehungen mit den sowjetrussischen Gewerkschaften und betr. Materialaustausch werde nach der Rückkehr in Moskau besprochen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund werde dann unverzüglich Antwort erhalten. Die russische Delegation bedaure die vorzeitige Abreise der Schweizer.

Leuenberger erkundigte sich, ob eine eventuelle Einladung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes an die russische Delegation zum Besuche der Schweiz angenommen würde. Er führte an, dass es die schweizerischen Delegierten begrüssen würden, wenn einige Mitglieder der russischen Delegation nach Abschluss der Weltkonferenz die Schweiz besuchen und sich an Ort und Stelle über die Lage des Landes, die Sozialgesetzgebung und die Tätigkeit der Gewerkschaften orientieren würden.

Frau Tsvetkova und ihre Begleiter zeigten sich über diese Anregung erfreut und schlugen vor, der russischen Delegation eine offizielle Einladung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes zukommen zu lassen. Die russische Gewerkschaftsdelegation würde dann dazu Stellung nehmen und antworten. Auch diese zweite, kurze Unterredung wurde in freundschaftlicher Weise abgeschlossen.

Die Berichterstatter hatten beabsichtigt, die an die russische

Delegation ergangene Anregung betr. die Einladung zu einem Besuch in der Schweiz geheimzuhalten. Es wurden lediglich die schweizerische Gesandtschaft davon in Kenntnis gesetzt sowie der Generalsekretär der ITF., Oldenbroek. Einige Vertreter der Schweizer Presse, die ebenfalls von der Einladung Kenntnis erhielten, wurden um Diskretion ersucht. Es ist denn auch festzustellen, dass von dieser Seite kein Missbrauch der vertraulichen Mitteilungen erfolgte. Montag, den 12. Februar, sofort nach der Rückkehr in die Schweiz, setzte sich Leuenberger mit dem Präsidenten des Bundeskomitees, Robert Bratschi, in Verbindung und vereinbarte mit ihm gleichzeitig eine Aussprache. Eine solche war im Hinblick auf die an die russischen Gewerkschafter zu ergehende Einladung zeitlich ausserordentlich dringend. Die Aussprache fand deshalb schon am Dienstag, dem 13. Februar, in Bern statt. Bratschi nahm einen ersten eingehenden Bericht über die Besprechungen mit der sowjetrussischen Gewerkschaftsdelegation entgegen und vertrat die Meinung, dass eine Einladung des Schweiz. Gewerkschaftsbundes an die russische Gewerkschaftsdelegation nach London gekabelt werden solle, wenn das Politische Departement einer Einreise keine Schwierigkeiten bereite, sie eventuell sogar begrüsse.

Am gleichen Nachmittag hatten die drei Berichterstatter mit Herrn Minister Stucki eine längere Besprechung. Herr Minister Stucki wurde unter anderem über die Aussprache mit der Delegation der sowjetrussischen Gewerkschaften orientiert und um Auskunft darüber ersucht, ob die Einreise in die Schweiz gestattet und ermöglicht werde, wenn die russische Gewerkschaftsdelegation die Einladung des Gewerkschaftsbundes annehme. Herr Minister Stucki nahm mit sichtlichem Interesse und Zustimmung die Berichterstattung entgegen. Nachdem er sich mit Herrn Bundespräsident von Steiger in Verbindung gesetzt hatte, erklärte er in dessen Einverständnis, dass die schweizerische Gesandtschaft in London sofort angewiesen werde, die Einreisevisa zu erteilen, wenn die russische Gewerkschaftsdelegation sich dafür interessiere. Nach dieser Unterredung, an die sich ein kurzer Besuch beim Bundespräsidenten anschloss, wurde die Besprechung mit Bratschi fortgesetzt und am Abend des 13. Februar nachstehendes Telegramm an die russische Gewerkschaftsdelegation nach London gekabelt:

(Uebersetzung.) « Bezugnehmend auf die Unterredungen zwischen der schweizerischen und der russischen Delegation an der Weltkonferenz der Gewerkschaften richten wir an Sie eine offizielle Einladung, eine russische Delegation als Gäste des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in die Schweiz zu senden. Es wäre uns eine grosse Genugtuung, eine solche Delegation nach Schluss der Weltkonferenz empfangen zu dürfen. Die schweizerische Gesandtschaft in London ist ermächtigt worden, die notwendigen Visa auszustellen.

Schweiz. Gewerkschaftsbund:

gez. *Bratschi*, Präsident
Leuenberger, Vizepräsident, und
Bernasconi, Sekretär. »

Das Telegramm wurde durch Vertreter der amerikanischen Gesandtschaft in Bern weitergeleitet.

Die Einladung sollte geheimgehalten werden, bis das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes am 17. Februar Stellung genommen und die russische Gewerkschaftsdelegation geantwortet hätte.

Am 19. Februar 1945 traf telegraphisch die Antwort der russischen Gewerkschaftsdelegation aus England ein. Sie lautet:

(Uebersetzung.) « Kuznetsov teilt mit, dass angesichts fertiggestellten Plans es der russischen Delegation unmöglich war, die Einladung der Schweizer Gewerkschaften anzunehmen. Wenn auch die Delegation nicht imstande sein wird, zu reisen, wird diese Einladung vom Zentralrat der russischen Gewerkschaften behandelt. »

Die Berichterstatter schliessen mit der Erklärung, dass sie in London sich bemühten, das zu unternehmen, was ihnen als das Bestmögliche erschien, um den notwendigen und zweifellos wertvollen Kontakt mit den sowjetrussischen Gewerkschaften herzustellen. Sie hoffen, die Aufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen der russischen und schweizerischen Gewerkschaftsbewegung werde bald Tatsache und der in Aussicht gestellte Besuch der Russen werde im Lauf dieses Jahres noch ausgeführt.

Natürlich haben wir die Gelegenheit benützt, auch mit einer Reihe weiterer Vertreter der verschiedenen Landeszentralen und internationalen Berufsorganisationen Kontakt aufzunehmen. So hatten wir Gelegenheit, mit dem Kollegen R. Watt, dem Vertreter der A. F. of L. im Generalrat des IGB. und Mitglied des Verwaltungsrates des IAA. und mit Kollegen J. B. Carey, dem Kassier-Sekretär des CIO., zu sprechen.

Besonders erwähnen möchten wir auch die Unterredung mit dem Kollegen Louis Saillant von der französischen CGT. und andern französischen Kollegen. Die CGT. würde es begrüssen, wenn möglichst bald wieder ein sehr enger Kontakt zwischen der französischen und schweizerischen Gewerkschaftsbewegung aufgenommen werden könnte. Es wäre zu prüfen, ob nicht Kollege Saillant nach seiner Rückkehr aus San Franzisko zu einem Besuch in der Schweiz eingeladen werden solle.

D. Anträge an das Bundeskomitee des SGB.

1. Das Bundeskomitee genehmigt den Bericht der Delegation an die Sitzung des Ausschusses des IGB. und an die Weltkonferenz der Gewerkschaften.
2. Das Bundeskomitee beschliesst, den Sitz im Fortsetzungskomitee der Weltkonferenz zu besetzen und wählt den betr. Delegierten.
3. Das Bundeskomitee wird im Laufe der nächsten Zeit zu den im Manifest der Weltkonferenz aufgeworfenen Problemen Stellung beziehen.

4. Das Bundeskomitee beschliesst, die Bemühungen zur Aufnahme der Beziehungen mit den russischen Gewerkschaften fortzusetzen.

Bern/Zürich, Anfang Mai 1945.

Die Delegierten des Schweiz. Gewerkschaftsbundes:
H. Leuenberger. G. Bernasconi.

* * *

Die Anträge des Berichtes sind vom Bundeskomitee gutgeheissen worden. Als Vertreter im Fortsetzungskomitee der Weltkonferenz ist Nationalrat Robert Bratschi bezeichnet worden, als Stellvertreter Nationalrat H. Leuenberger.

II. Anhang.

A. Der Internationale Gewerkschaftsbund während des Krieges.

Nachdem das Sekretariat des IGB. am 11. Juni 1940 seinen Sitz in Paris aufgegeben hatte, haben der Schweiz. Gewerkschaftsbund als Landeszentrale und Kollege Meister als Mitglied des Vorstandes des IGB. im Laufe von mehr als einem Jahr keine direkten und offiziellen Mitteilungen über das Verbleiben und die Wirksamkeit des IGB. erhalten.

Es schien zunächst, dass der IGB. die Absicht hatte, den Sitz nach den Vereinigten Staaten zu verlegen. Nach dem Eintreffen des Vorsitzenden des IGB., Walter Citrine, in USA., wo er Ende November 1940 dem amerikanischen Gewerkschaftskongress beiwohnte, wurde jedoch in einer Vorstandssitzung am 30. und am 31. Januar 1941 in Washington beschlossen, das Sekretariat des IGB. « vorläufig nach London zu verlegen » (wo sich der Untersekretär des IGB., G. Stolz, bald nach dem Zusammenbruch Frankreichs einfand, während sich der Generalsekretär bis kurz vor seiner Reise nach USA. in Südfrankreich aufhielt).

Seit 1. Januar 1941 gibt der IGB. in London ein Mitteilungsblatt heraus, in dessen erster Nummer bekanntgegeben wurde, dass sich der « provisorische Sitz des IGB. in London befindet ». Ebenfalls in dieser Nummer teilte Citrine mit, dass der IGB. « in seinem Bestand unerschüttert sei: « Dem IGB. gehören », so heisst es weiter, « heute die Gewerkschaften der wichtigsten aussereuropäischen Länder wie die Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko und Argentinien an. » — « Waren wir im Jahre 1914 nur eine europäische Organisation, so sind wir heute eine weltumfassende Organisation. »